

## Hintergrundpapier

Nr. 9 / Februar 2010

### Indien – China – Tibet: Konflikte um Grenzen und "umstrittene Gebiete"

von Dr. René Klaff  
Regionalbüroleiter Südasiens

*Der heftige rhetorisch-politische Schlagabtausch zwischen Indien und China im Herbst 2009 wirft ein Licht auf Konfliktstrukturen und emotionale, tief in der kollektiven Psyche verwurzelte Animositäten, die das bilaterale Verhältnis eben nicht nur latent und unterschwellig prägen, sondern zu geradezu eruptiven Ausbrüchen führen können – mit, von außen betrachtet, nach oben offenem Eskalationspotential. Im Herbst 2009 nahmen diese grundlegenden Spannungen tatsächlich Formen einer regelrechten "Krieg-in-Sicht"-Krise an, zumindest in den Medien – nicht nur in Indien und China, sondern auch in Nepal, Bhutan und Bangladesch. In den kleinen Nachbarstaaten der beiden asiatischen Mächte beobachtete man die Schlagabtausche mit großer Besorgnis – anders als im Westen, wo nur vereinzelt über indisch-chinesische Gereiztheiten berichtet wurde. Was sind die Hintergründe dieser Konfliktstrukturen, und wie sind sie politisch zu bewerten?*

#### 1.) Die Spannungen um den Besuch des Dalai Lama in Arunachal Pradesh

Mitte November 2009 besuchte der Dalai Lama, das spirituelle und politische Oberhaupt der Tibeter, für eine Woche ein bedeutendes buddhistisches Kloster im Distrikt von Tawang und andere Orte im indischen Bundesstaat Arunachal Pradesh. Auf seiner Flucht aus Tibet im Jahre 1959 war dieses Kloster die erste Station des Dalai Lama auf indischem Boden, bevor er weiter in das indische Kernland reiste. Der Ort ist für ihn also auch von großer persönlicher Bedeutung. Dieser Besuch in Arunachal Pradesh führte bereits im Vorfeld zu heftigen Protesten aus China gegen das Oberhaupt der Tibeter, dem politische Motive zur Unterminierung des chinesisch-indischen Verhältnisses vorgeworfen wurden. Harte Vorwürfe wurden aber auch gegen die indische Regierung vorgebracht, die nach chinesischer Auffassung die Reise des Dalai Lama nach Arunachal Pradesh, in "umstrittenes Gebiet", hätte verbieten müssen. Indien wurde in unterschiedlichen Graden von Aggressivität vorgeworfen, manifeste Interessen Chinas zu verletzen und eine Eskalationspolitik mit ungewissem Ausgang zu betreiben. Diesen Protesten folgten ebenso harsche Reaktionen von indischen Medien, Sicherheitsexperten und Politikern, die sich chinesische Interventionen in innere indische Angelegenheiten verboten. Diese rhetorischen

Auseinandersetzungen eskalierten schnell; von beiden Seiten wurde dabei eine Neuauflage des indisch-chinesischen Krieges von 1962 nicht ausgeschlossen. Nur unvollkommen gelang es der Regierung in Delhi, die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, dass das bilaterale Verhältnis im Prinzip intakt und bestimmt sei durch ganz andere Themen – Handel, Klimafragen, Abwehr des globalen Terrorismus etc. – als Besuchsorte des Dalai Lama und offene Grenzfragen.

Der Wortkrieg um die Reise des Dalai Lama war lediglich der Höhepunkt in einer Reihe von Auseinandersetzungen zwischen den beiden asiatischen Großmächten im Jahr 2009. Bereits im Frühjahr hatte China sein Veto gegen ein Finanzpaket der Asian Development Bank in Höhe von \$ 2.9 Milliarden für Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte in Indien eingelegt, weil darin \$ 60 Millionen für die Bekämpfung von Überschwemmungen in Arunachal Pradesh reserviert werden sollten. Im Sommer änderte China seine Regeln für die Ausgabe von Visa für indische Staatsbürger aus dem Bundesstaat Kaschmir. Ihnen wurden Visa plötzlich nicht mehr in den Pass gestempelt, sondern auf ein in den Pass eingeklebtetes Extrablatt. Dieses Signal war eindeutig: Die indische Staatsbürgerschaft von Kaschmiris wurde in Zweifel gezogen, ähnlich wie bei Bürgern aus Arunachal Pradesh, die in der Regel überhaupt kein Visum für die Einreise nach China erhalten. Für China stammen diese Reisenden eben aus "umstrittenen Gebieten". Im Gegenzug änderte Indien seine Visums- und Aufenthaltsbestimmungen für die Inhaber von Arbeits- und Geschäftsvisa. Die neuen Bestimmungen, obwohl allgemeinverbindlich, trafen vor allem Chinesen. Mehr als 1000 chinesische Arbeiter und Ingenieure, die z.B. an Infrastrukturprojekten arbeiteten, mussten das Land verlassen.

Auf große Empörung stieß in Indien Anfang August ein Artikel auf der Website des China International Institute for Strategic Studies, in dem die Aufspaltung Indiens in 20 bis 30 einzelne, unabhängige Staaten angeregt wurde; eine indische Nation existiere nicht, und China solle die zentrifugalen Kräfte der Kaschmiris, Tamilen, Assamesen usw. unterstützen. Im Oktober reagierte das chinesische Außenministerium mit heftigem Protest auf eine Reise von Premierminister Manmohan Singh in das "umstrittene Gebiet" von Arunachal Pradesh. Kurz darauf folgten Auseinandersetzungen um Bauprojekte. Indien protestierte gegen den Bau eines chinesischen Kraftwerks im pakistanisch kontrollierten Teil von Kaschmir und China gegen den Bau einer Straße in Ladakh, dem östlichen Teil des indischen Bundesstaates Jammu & Kashmir, jeweils mit Verweisen darauf, dass diese Projekte in "umstrittenen Gebieten" angesiedelt seien. Parallel zu all diesen Entwicklungen verlegte China ca. 50.000 Soldaten seiner Volksarmee an die Grenze, nur ca. 20 Kilometer entfernt von Tawang. Indien antwortete mit entsprechenden Truppenbewegungen an seiner Grenze zum nördlichen Nachbarn. Laut indischen Medienberichten kam es in dieser Phase zu vielfachen Grenzverletzungen durch chinesisches Militär.

Die offiziellen Beziehungen zwischen beiden Staaten normalisierten sich nach der Reise des Dalai Lama zumindest an der Oberfläche schnell, und beide Seiten wandten sich ganz pragmatisch wieder den aktuellen Fragen der Tages- und Wirtschaftspolitik zu. Aber der heftige rhetorisch-politische Schlagabtausch des Jahres 2009 wirft doch ein Licht auf Konfliktstrukturen und emotionale, tief in der kollektiven Psyche verwurzelte Animositäten, die das bilaterale Verhältnis eben nicht nur latent und unterschwellig prägen, sondern zu geradezu eruptiven Ausbrüchen führen können – mit, von außen betrachtet, nach oben offenem Eskalationspotential. Im Herbst 2009 nahmen diese grundlegenden Spannungen tatsächlich Formen einer regelrechten "Krieg-in-Sicht"-Krise an, zumindest in den Medien – nicht nur in Indien und China, sondern auch in Nepal, Bhutan und Bangladesch. In den kleinen Nachbarstaaten der beiden asiatischen Mächte beobachtete man die Schlagabtausche mit großer Besorgnis – anders als im Westen, wo nur vereinzelt über indisch-chinesische Gereiztheiten berichtet wurde. Was sind die Hintergründe dieser Konfliktstrukturen, und wie sind sie politisch zu bewerten?

## 2.) "Umstrittene Gebiete" – Die schwierige Grenze zwischen Indien und China

Indien und China verfügen seit der Einverleibung Tibets in den chinesischen Staatsverband 1950/51 erstmals in ihrer Jahrtausende alten Geschichte über eine echte gemeinsame Grenze. Legt man den indischen Anspruch auf das gesamte Gebiet des ehemaligen Fürstentums Kaschmir zugrunde, so beginnt sie im Westen im Pamirgebirge am Dreiländereck zwischen China, Afghanistan und Pakistan (d.h. den pakistanisch kontrollierten, aber von Indien beanspruchten Northern Areas) und endet im Osten am Dreiländereck zwischen Indien, China und Birma. Die beiden Himalaja-Staaten Nepal und Bhutan unterbrechen diese Grenze. Das indische Verteidigungsministerium bemisst ihre Länge auf 4.056 Kilometer (ohne den Abschnitt unter heute pakistanischer Kontrolle ist sie ca. 3.400 Km lang); sie ist damit die zweitlängste Grenze Indiens.<sup>1</sup> Die Grenze wird in drei Sektoren eingeteilt: (1.) den **Westsektor** zwischen Xinjiang und der Tibet Autonomous Region (TAR) auf chinesischer und Kaschmir auf indischer Seite, (2.) den **Mittelsektor** zwischen der TAR und den indischen Bundesstaaten Himachal Pradesh und Uttarakhand im westlichen Abschnitt sowie Sikkim, dem kleinen indischen Bundesstaat zwischen Nepal und Bhutan, im östlichen Abschnitt und (3.) den **Ostsektor** zwischen der TAR und dem nordöstlichsten indischen Bundesstaat Arunachal Pradesh. Die Grenzlinie ist mit Ausnahme derjenigen zwischen Sikkim und China in allen Sektoren umstritten und nirgends demarkiert. Die Territorialkonflikte um "umstrittene Gebiete" beziehen sich im Westsektor auf ca. 38.000 qkm, im Mittelsektor auf ca. 2.000 qkm und im Ostsektor auf ca. 90.000 qkm. (Vgl. Karte 1<sup>2</sup>)



Seit der Erlangung der Unabhängigkeit Indiens 1947 bzw. seit der Arrondierung der Volksrepublik China zu Beginn der 1950er Jahre ist demnach unklar, wo genau die beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Erde aneinander stoßen, bzw. welche Gebiete vor Ort zu welchem der beiden Staaten gehören. Der faktische Grenzverlauf zwischen Indien und China, wie er in allen gängigen Karten im Westen und in Indien (chinesische Karten sehen anders aus!) wiedergegeben wird, firmiert daher – mit der Ausnahme des kleinen Grenzabschnitts in Sikkim – im offiziellen politischen Sprachgebrauch als "Line of Actual Control" (LAC), nicht als Staatsgrenze.<sup>3</sup> Dieser Sprachgebrauch deutet bereits auf den immer noch vorläufigen, jedenfalls völkerrechtlich nicht

<sup>1</sup> Die Grenze Indiens zu Bangladesch erstreckt sich über ca. 4.300 Kilometer, was sich auf den ersten Blick auf Kartenmaterial nicht erschließt.

<sup>2</sup> In der ansonsten guten Überblickskarte von Le Monde Diplomatique sind leider die Northern Areas als Azad Kashmir und Azad Kashmir als Northern Areas ausgewiesen.

<sup>3</sup> Dies ist der Status seit dem indisch-chinesischen *Border Peace and Tranquility Agreement* von 1993.

eindeutig bestimmten Charakter der Grenzen beider Hoheitsgebiete hin.

Diese Situation liegt nicht lediglich an dem unwegsamen Terrain (i.W. Hochgebirge, Hochplateaus und unwirtliche Waldgebiete), das die Grenzregion durchgängig in allen Sektoren charakterisiert und an den meisten Stellen eine genaue Demarkierung ungemein schwierig macht. Vielmehr ist sie eine Spätfolge der unklaren Zuordnung von Interessen-, Einfluss- und Hoheitsgebieten aus der Zeit des "Great Game" im 19. und frühen 20. Jahrhundert, als die gesamte Region Zentralasien zum "Spielfeld" im strategischen Machtkampf zwischen Britisch-Indien, Russland und auch China geworden war. Interessen- und Einflussgebiete waren einem beständigem Wechsel ausgesetzt, unbezweifelbare Hoheitsgebiete in dieser Region von enormen Ausmaßen kaum festlegbar. Die modernen Staaten Indien und China, die sich in zentralen Teilen des alten "Spielfelds" etabliert haben, vermochten bislang nicht, das unklare Erbe dieser Epoche hinsichtlich ihrer Außengrenzen zweifelsfrei zuzuordnen. Strategische Aspekte waren und bleiben wie zu Zeiten des "Great Game" für diese Situation von großer Bedeutung.

## 2.1) Die Grenzsektoren im Überblick

### *Der Westsektor: Konflikt um Kaschmir*

Kaschmir stellt den Kern des Grenzproblems im Westsektor dar. Durch die Verträge von Lahore und Amritsar 1846, in Folge des ersten britischen Krieges gegen die Sikhs im Punjab, erkannten die Briten die Herrschaft der (hinduistischen) Dogra-Dynastie im Fürstentum *Kashmir and Jammu* an, zu dem fortan auch das eigentliche Kaschmir-Tal gehörte, das die Briten den Dogras verkauften. Die Maharajas der Dynastie wiederum akzeptierten die Oberhoheit der britischen Kolonialmacht, d.h. die Berücksichtigung britischer Interessen in der Außenpolitik. Kaschmir galt den Briten als wichtige Bastion zur Eindämmung des befürchteten russischen Drangs nach Süden. Dies galt in noch stärkerem Maße auch für Tibet, wo Briten und Russen bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein um Einfluss rangen und in dessen Entwicklungen auch das chinesische Kaiserreich involviert war. In seinem östlichen Landesteil, dem Hochland von Ladakh, grenzt Kaschmir an Tibet bzw. geht hier in Tibet über. Durch historische Entwicklungen war Ladakh Teil des Fürstentums Kaschmir geworden, kulturell und geographisch war und ist es jedoch ein Teil Tibets.<sup>4</sup>

Zwischen den bewohn- und kultivierbaren Regionen Ladakhs und dem übrigen Südwestt Tibet liegen Hochgebirge und unwirtliche Hochebenen – i.W. das Areal von Aksai Chin –, die lediglich einer geringen Zahl von Nomaden einen Lebensraum bieten. Aksai Chin selbst behauptete bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts einen autonomen Status, aber politische Einflussphären waren hier letztlich unklar. Ähnliches galt für die Nordgrenze Kaschmirs im Karakorum-Gebirge; hier ging das Fürstentum in Xinjiang (Ost-Turkestan) über. Die Einflussbeziehungen zwischen Britisch-Indien, Russland und China im Laufe der Jahrzehnte waren ein dynamischer Prozess, in dem es den Briten, kurz gefasst, vorrangig auf Einfluss und Kontrolle, weniger auf die Durchsetzung hoheitliche Ansprüche mit allen diplomatischen und politischen Folgewirkungen ankam. Im Endeffekt blieben daher politische, "staatliche" Grenzen in diesen Regionen bis zum Ende des britischen Kolonialreichs auf dem Subkontinent 1947 weitgehend undefiniert.

Die aus der britischen Erbmasse hervorgegangenen Staaten Indien und Pakistan hatten in Kaschmir also keine klaren Außengrenzen gegenüber China. Angesichts des Grundkonflikts zwi-

---

<sup>4</sup> Dies gilt auch für die Region Baltistan – "West-Ladakh" –, die seit der indisch-pakistanischen Teilung Kaschmirs 1947/48 zum pakistanischen Verwaltungsgebiet der "Northern Areas" gehört.

schen Indien und Pakistan um die Frage nach der Souveränität über Kaschmir erschien dieses Problem zunächst jedoch als deutlich nachgeordnet. Beide Staaten führten bereits 1947/48 den ersten von zwei echten Kriegen um Kaschmir, in dessen Folge das ehemalige Fürstentum geteilt wurde. Der zentrale Kaschmirkonflikt zwischen Indien und Pakistan ist seither ungelöst und sichtbarster Ausdruck der antagonistischen Beziehungen beider Länder. Der Konflikt ist hoch militarisiert. Nicht nur am Siachen-Gletscher, dem höchst gelegenen Kriegsgebiet der Welt, sondern entlang der gesamten inner-kaschmirischen Grenze, der "Line of Control" (LoC), stehen sich Truppen gegenüber. Der Konflikt um Kaschmir birgt ein hohes Eskalationsrisiko und stellt das größte Krisenpotential nicht nur zwischen Indien und Pakistan, sondern in ganz Südasien dar. Da beide verfeindeten Staaten über Nuklearwaffen verfügen, hat sich der Konflikt auch zu einer Gefahr für den Weltfrieden entwickelt.

Die Situation zwischen Indien und Pakistan kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass China ebenfalls ein Akteur im Kaschmirkonflikt ist. Dies wurde der Weltöffentlichkeit in den 1950er Jahren schlagartig deutlich, als Indien und China in Konflikt um die Souveränität im östlichen Ladakh, über Aksai Chin, gerieten. Beide Staaten beanspruchten hier Hoheitsrechte. Indien basierte seinen Anspruch auf die Zugehörigkeit Aksai Chins zu Ladakh und damit zum ehemaligen Fürstentum Kaschmir (obwohl das Gebiet mindestens bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs weitgehend autonom war). China verwies demgegenüber auf die Zugehörigkeit Ladakhs und damit auch des Areals von Aksai Chin zu Tibet, dessen Kernland mittlerweile in den chinesischen Staatsverband eingegliedert war. Strategische Bedeutung erhielt Aksai Chin durch den Bau einer durch das Gebiet verlaufenden Allwetterstraße, mit der China eine Verbindung zwischen Xinjiang und West- und Zentraltibet einrichten wollte. Andere Zugänge in das Innere Tibets waren in diesen Jahren nicht ganzjährig oder nur unter großen Schwierigkeiten nutzbar. Beide Staaten bauten daraufhin ihre Militärpräsenz, so weit möglich, in Aksai Chin aus. In diesem Westsektor, aber auch an den anderen Grenzsektoren, kam es seit Ende der 1950er Jahre zu zahlreichen Übergriffen und militärischen Scharmützeln.

Im Oktober 1962 entluden sich die Spannungen schließlich in einem Grenzkrieg, in dem die ganze militärische Schwäche Indiens offensichtlich wurde. Die chinesische Volksbefreiungsarmee vertrieb die indischen Einheiten aus Aksai Chin und rückte zugleich in indisch beanspruchtes Territorium im tausende Kilometer entfernten Ostsektor der Grenze, in Arunachal Pradesh, vor. Der Krieg endete nach wenigen Wochen, nicht zuletzt wegen des Drucks der beiden Weltmächte USA und UdSSR. Im Ostsektor zogen sich die chinesischen Truppen wieder zurück, im Westsektor verlebte sich China allerdings Aksai Chin sowie einen kleinen Streifen im südöstlichen Zipfel Ladakhs ein, ein Territorium von ca. 38.000 qkm (was immerhin ungefähr der Fläche der Schweiz entspricht). Indien hat die Abtrennung dieses Gebiets von Ladakh bis heute nicht anerkannt und hält nach wie vor seinen Anspruch auf Aksai Chin aufrecht, ebenso wie auf die 1947/48 von Pakistan besetzten Gebiete des ehemaligen Fürstentums (Northern Areas<sup>5</sup> und Azad Jammu & Kashmir). Gleichermäßen bestreitet Indien die Rechtmäßigkeit der 1963 erfolgten Grenzvereinbarungen zwischen China und Pakistan im Karakorum, in dessen Folge Pakistan dem nördlichen Nachbarn einen Landstrich des ehemaligen Fürstentums, das Shaksam-Tal (ca. 5.200 qkm), überließ; auch auf dieses Gebiet gibt Indien seinen Anspruch bis heute nicht auf. (Vgl. Karte 2<sup>6</sup>)

---

<sup>5</sup> Die Northern Areas wurden im August 2009 in das Territorium von "Gilgit-Baltistan" umbenannt, die Bevölkerung erhielt stärkere Selbstverwaltungsrechte; ihre Eingliederung in den pakistanischen Staat ist also weiter vorangetrieben worden.

<sup>6</sup> Quelle: <http://www.himalaya-info.org/images/Kaschmir%20Landkarte.png>



China blieb trotz der Durchsetzung seiner primären Interessen auch nach dem Krieg von 1962 im Kaschmirkonflikt involviert. Als im September 1965 der zweite indisch-pakistanische Krieg um Kaschmir ausbrach, stellte sich China auf die Seite Pakistans und forderte Indien ultimativ auf, seine militärischen Aktivitäten im "umstrittenen Grenzgebiet" sofort einzustellen. Andernfalls stellte die chinesische Regierung einen Eingriff in den Krieg in Aussicht. Damit bestand plötzlich die Gefahr der Eskalation eines bilateralen Regionalkonflikts zu einem umfassenden Krieg mit Involvierung von Nuklearmächten; China war seit Oktober 1964 Nuklearmacht, und sein Eintritt in den indisch-pakistanischen Krieg hätte unweigerlich die USA und die UdSSR auf den Plan gerufen. Diese Gesamtsituation führte schließlich zu erheblichem Druck auf die beiden Kriegsparteien, die Ende September ihre Kampfhandlungen einstellten.

Die Kriege von 1962 und 1965 markierten wichtige Meilensteine auf Chinas Weg zum aufsteigenden Machtfaktor im internationalen System. Die Volksrepublik setzte diesen Weg konsequent fort und wurde bereits 1971 Ständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat. In den 1980er Jahren begann dann der Aufstieg Chinas als globale Wirtschafts- und Handelsmacht. In der Hierarchie des internationalen Systems konnte China Indien deutlich hinter sich lassen. Das Prestige, das Indien sich durch den erfolgreichen Unabhängigkeitskampf, den Aufbau einer demokratischen Ordnung und nicht zuletzt durch das Eintreten für idealistische Visionen wie Block- und Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen erwirkt hatte, zerbröselte; es ließ sich nicht in Status und Gestaltungskraft umsetzen. In der Folge suchte Indien stärkeren Anschluss an das von der Sowjetunion geführte Lager innerhalb des internationalen Staatensystems; die Konfliktbeziehungen zu China und zu Pakistan, das nicht nur zu China, sondern auch zu den USA enge Beziehungen unterhielt, erstarrten.

Der militärische Status quo von 1962 ist seither in der LAC reflektiert. Deren genauer Verlauf ist an vielen Punkten vor Ort umstritten – ein Hauptgrund für die vielfältigen Vorwürfe Indiens, China sei schuldig an Grenzverletzungen. Der Territorialverlust Indiens an der unwirtlichen äußersten Peripherie seiner Landmasse mag unbedeutend erscheinen, seine psychologischen Wirkungen waren es allerdings nie. Die vollständige militärische Niederlage, ja Hilflosigkeit, gegenüber China, dessen Vorrücken im Ostsektor bis Kalkutta möglich schien, ist tief im kollektiven Bewusstsein der ganzen Nation verankert. Premierminister Nehru verwand den Schock über die Niederlage nicht, ebenso wenig wie das Fiasko seiner außenpolitischen Vision über die unverbrüchliche Freundschaft zwischen Indien und China. Sein Weltbild über die Rolle der Entwicklungsländer, allen voran Indiens und Chinas, für eine friedliche, quasi-sozialistische Zukunft der Welt, war zusammen gebrochen; er starb wenige Monate später, immer noch in tiefer Verzweiflung.

### *Der Mittelsektor: Hochgebirgsgrenze und Sikkim*

Der Mittelsektor ist in zwei Abschnitte unterteilt, die durch Nepal voneinander getrennt sind. Der *westliche Abschnitt* an den Grenzabschnitten der indischen Bundesstaaten **Himachal Pradesh** und **Uttarakhand** schließt sich südlich und östlich an Ladakh bzw. Kaschmir an und ist eine weitgehend unpassierbare Hochgebirgsregion. Im Wesentlichen fordert Indien hier an einigen Stellen eine Grenzlinie, die weiter nördlich als die von China kontrollierte verläuft, während China argumentiert, dass die betreffenden Gebiete zu Tibet gehörten. Dabei geht es um Kammlinien, Wasserscheiden, Täler und sonstige Landstriche, denen strategischer Nutzen unterstellt wird. Als umstritten gelten insgesamt ca. 2.000 qkm. Zwar kommt es auch in diesem Grenzabschnitt gelegentlich zu Grenzverletzungen, aber im Gegensatz zur Situation im West- und Ostsektor war hier die Lage schon wegen der schwierigen Topographie immer vergleichsweise ruhig; während des Kriegs von 1962 gab es an diesem Abschnitt keine Kampfhandlungen.

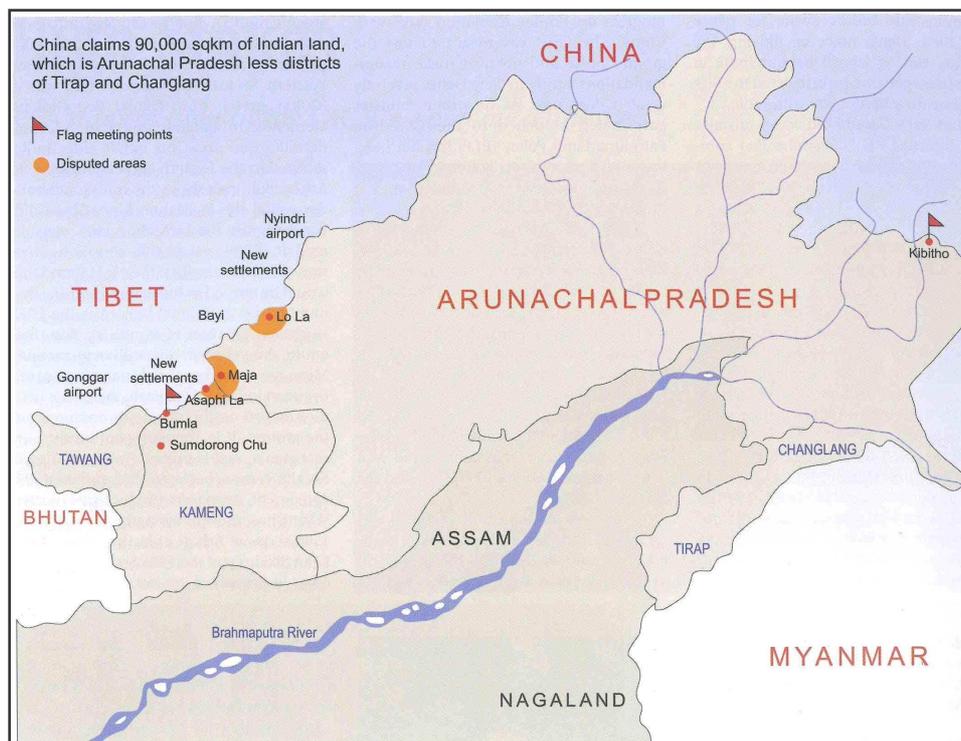
Der *östliche Abschnitt* des Mittelsektors ist durch den kurzen Grenzabschnitt zwischen **Sikkim** und der TAR markiert. Hier kam es besonders in den 1960er Jahren zu erheblichen Spannungen. Der Grenzkonflikt bezüglich Sikkim ist insofern ein besonderer, als dass es hier nicht um Grenzlinien und Demarkationen geht (die Grenze wird an diesem Abschnitt daher auch nicht als LAC bezeichnet), sondern vielmehr um die Frage nach der Souveränität über Sikkim als Ganzes. Sikkim war seit 1642 ein quasi-unabhängiges Königreich und wurde 1861 zum britischen Protektorat. 1890 einigten sich Britisch-Indien und China über die Grenze Sikkims zu Tibet. Mit der Erlangung der Unabhängigkeit erbte Indien den Status als Protektoratsmacht über Sikkim. Im Mai 1975, nach einer Volksabstimmung, wurde Sikkim schließlich als Bundesstaat in die Indische Union aufgenommen.

Diese Entwicklung wurde von der Volksrepublik nicht anerkannt. Obwohl eine chinesische Regierung 1890 dem Grenzverlauf zu Sikkim und damit zu (Britisch-) Indien zugestimmt hatte, beanspruchte das kommunistische China nach der Einverleibung Tibets auch die Oberhoheit über Sikkim, wiederum mit dem Argument, das Gebiet gehöre historisch und kulturell zu Tibet. Beijing machte sich damit ausgerechnet die Position der tibetischen Administration des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zueigen: Lhasa hatte im Gegensatz zu Beijing das Protektoratsverhältnis Britisch-Indiens über Sikkim nicht anerkannt. Erst im Juni 2003 gestand China die Zugehörigkeit Sikkims zu Indien zu, allerdings nur implizit. Im Zuge des Staatsbesuchs des indischen Premierministers Vajpayee in Beijing vereinbarten beide Länder die Wiedereröffnung der Grenzstation zwischen Sikkim und Tibet/China am Pass von Nathu La, die seit den 1950er Jahren geschlossen

war. Dies wurde in Delhi als Anerkennung der indischen Souveränität über Sikkim interpretiert, gewissermaßen als eine erwartete, wenn auch kaum adäquate "Gegenleistung" – denn Premierminister Vajpayee hatte erstmals Indiens Anerkennung der Souveränität Chinas über Tibet offiziell bestätigt. Die Haltung Chinas zur indischen Souveränität über Sikkim blieb jedoch auch in der Folgezeit immer ambivalent. Grenzverletzungen durch chinesisches Militär waren auch nach 2003 zu verzeichnen; vor allem aber ist aus politischen Stellungnahmen Beijings abzuleiten, dass die Souveränitätsfrage über Sikkim jederzeit wieder auf die politische Tagesordnung kommen könnte.

### *Der Ostsektor: Die McMahon-Linie in Arunachal Pradesh*

Der östliche Abschnitt des Mittelsektors ist durch den Staat Bhutan vom Ostsektor getrennt. Dieser Ostsektor betrifft die Grenze des indischen Bundesstaates **Arunachal Pradesh** zur TAR. Gegenüber diesem indischen Bundesstaat sind die chinesischen Souveränitätsansprüche nicht implizit, sondern explizit. Wie Kaschmir gilt den Chinesen Arunachal Pradesh als "umstrittenes Gebiet", aber anders als bezüglich Kaschmir, wo sich chinesische Ansprüche lediglich auf Teile Ladakhs (i.W. Aksai Chin) – nicht auf Kaschmir als Ganzes – beziehen, erhebt China hier Ansprüche auf nahezu einen gesamten indischen Bundesstaat (ausgenommen der beiden südöstlichen Distrikte Changlang und Tirap), auf ein Territorium von ca. 90.000 qkm (ungefähr entsprechend der Fläche Bayerns und Hessens). Das chinesische Argument lautet, wie an den anderen Abschnitten der Grenze, dieses Gebiet gehöre historisch und kulturell zu Tibet – Arunachal Pradesh wird in chinesischen Medien (und Karten!) gemeinhin "Nieder Tibet (*Lower Tibet*)" oder auch "Südtibet" genannt.<sup>7</sup> Da Tibet heute zum chinesischen Staatsverband gehöre, liege die rechtmäßige Souveränität auch über "Südtibet" bei China; die Zugehörigkeit Arunachal Pradeshs zu Indien sei also umstritten, da China seine Ansprüche nie aufgegeben habe.



<sup>7</sup> "Google China" zeigt Arunachal Pradesh als chinesisches, "Google India" als indisches Staatsgebiet!

Arunachal Pradesh ("Land der Berge in der Morgenröte"; dem Sinne nach also: "Land des Sonnenaufgangs") liegt im indischen Nordosten, der nur durch einen schmalen Korridor zwischen Bhutan und Sikkim im Norden und Bangladesch im Süden mit dem indischen Kernland verbunden ist. Der gesamte Nordosten (von der Fläche her ungefähr der alten Bundesrepublik Deutschland entsprechend) ist unter ethnischen, sprachlichen und religiösen Gesichtspunkten extrem heterogen und verfügt insgesamt nur über schwach ausgeprägte kulturelle Verbindungen zum Rest Indiens. Weite Teile dieser Region sind Dschungelgebiete und nach wie vor von "Stämmen" (so der indische Sprachgebrauch) besiedelt. Entlang der Nordgrenze erstrecken sich die östlichen Ausläufer des Himalajas sowie unwegsame, dicht bewaldete Berg- und Hügellandschaften.

Die Erschließung des heutigen indischen Nordostens durch die Briten im 19. Jahrhundert war mühselig und unvollkommen, an den Peripherien kaum nennenswert. Das gesamte Territorium firmierte historisch unter der Bezeichnung Assam. Mit der Unabhängigkeit Indiens 1947 wurde denn auch der gesamte Nordosten als *ein* Bundesstaat unter diesem Namen Teil der Indischen Union. Heute ist der Nordosten in sieben Bundesstaaten untergliedert, darunter (das heute eben kleinere) Assam und Arunachal Pradesh, das von 1912 bis 1972 als "North-East Frontier Agency" (NEFA) bezeichnet wurde. Der Bundesstaat hat ca. 1,1 Millionen Einwohner. Premierminister Manmohan Singh ist pikanterweise einer der Vertreter dieses "umstrittenen Gebiets" im indischen Oberhaus (obwohl er aus Punjab stammt).

Die Bestimmung von Macht- und Einflussphären, gar die Festlegung von Grenzen, gegenüber Tibet bzw. China hatte aus britischer Perspektive in diesem entlegenen Winkel des Kolonialreichs einen geringeren politischen Stellenwert als an den übrigen Sektoren. Mit Blick auf die abgelegenen Gebiete der späteren NEFA konnten weder Britisch-Indien noch China irgendwelche "natürlichen" Rechte geltend machen.<sup>8</sup> Die Gegend um Tawang (*Tawang Tract*) und Kameng muss allerdings als traditionelles tibetisches Kulturgebiet bezeichnet werden, und einige, aber beileibe nicht alle Völkerschaften und Stämme der weiteren Region bekennen sich seit Jahrhunderten zum tibetischen Buddhismus. Über Tawang führt die östliche Route, die Lhasa und das Innere des tibetischen Hochplateaus mit den indischen Bevölkerungszentren in der Ebene, vor allem Kalkutta, verbindet. Hierin liegt die strategische Bedeutung des Tawang Tract begründet. (Vgl. Karte 3<sup>9</sup>) Als die Qing-Dynastie in Beijing 1912 unterging und in der Folge die Administration des 10. Dalai Lama 1913 die Unabhängigkeit Tibets verkündete, schien die Klärung von Souveränitäts- und Grenzfragen zwischen Indien, China und Tibet angezeigt. Im Winter 1913/14 luden die Briten daher Vertreter des Dalai Lama und des republikanischen China nach Shimla ein, um die gesamte Gemengelage der verschiedenen Einfluss- und Verwaltungsgebiete der Region verbindlich zu regeln.

Die Positionen der drei Akteure sowie die Abläufe, Entscheidungen und Folgewirkungen der Konferenz von Shimla sind höchst komplex und hier nicht im Einzelnen darzustellen. Wichtig ist, dass Tibet in "Inner Tibet" und "Outer Tibet" unterschieden wurde, um die Gebiete unter Verwaltungshoheit Lhasas und Beijings voneinander abzustecken. In "Inner Tibet" sollte tibetische Verwaltungsautonomie, aber chinesische Suzeränität gelten, während für "Outer Tibet" chinesische Souveränität festgelegt wurde. (Diese Unterscheidung spielt für die spätere Einrichtung der Provinz TAR durch die Volksrepublik bzw. die Abgrenzung im offiziellen chinesischen Sprachgebrauch von Tibet zu "Groß-Tibet" eine wichtige Rolle.) Die Briten beanspruchten fortan kei-

---

<sup>8</sup> "The point ... is to bring home the fact that India's claim over Arunachal Pradesh does not rest on any great historical tradition. We are there because the British went there." Mohan Guruswamy/Zorawar Daulet Singh: *India China Relations. The Border Issue and Beyond*, New Delhi et al., 2009, S. 43.

<sup>9</sup> Quelle: *Force*, Vol. 5, No. 9, Mai 2008, S. 48.

nerlei politische Rechte mehr über Tibet, anders als in den Jahrzehnten zuvor. Um den nach wie vor befürchteten russischen Einfluss in Tibet zurückzuhalten, schien ihnen das Instrument der Suzeränität Chinas über (Inner) Tibet, also das Zugeständnis einer mehr oder weniger diffusen, vor allem außenpolitischen Oberhoheit, geeignet. Die Administration des Dalai Lama in Lhasa allein hielten sie für zu schwach, um sich eventuellem Druck des Zarenreiches zu widersetzen.

Mit Blick auf die künftige Grenze des britischen Kolonialreichs zu Tibet setzte der britische Verhandlungsführer Henry McMahon, Außenminister Britisch-Indiens, eine Linie von Bhutan im Westen bis Birma im Osten durch, die der heutigen "Line of Actual Control" weitgehend entspricht, die so genannte "McMahon-Linie".<sup>10</sup> Diese Grenzlinie reflektiert vor allem strategische Gesichtspunkte, nicht historische, ethnische oder religiös-kulturelle. Sie verläuft im Wesentlichen auf den Kammlinien der Gebirgs- und Hügelketten. (Es gibt noch weitere Linien diesseits und jenseits der Kammlinien, die in den Entwicklungen vor Shimla bis zum gegenwärtigen Disput eine Rolle spielen.)

Die Tibeter akzeptierten und unterzeichneten diese Grenzvereinbarung. Sie verzichteten dabei auf das Gebiet von Tawang, das McMahon wegen seiner strategischen Bedeutung Britisch-Indien zugeschlagen hatte, und damit auf das bedeutende Kloster dort; sie erhielten dafür aber einen Vertrag, in dem Britisch-Indien zwar bestimmte extraterritoriale Rechte behielt (z.B. das Recht auf Handelstationen an einigen ausgewählten Orten), aber auf eigene Suzeränitätsrechte in Tibet verzichtete. Der chinesische Bevollmächtigte setzte hingegen lediglich unter Protest seine Initialen unter das Abkommen. Seine Beweggründe für dieses Vorgehen sind umstritten. Vor dem Hintergrund des gesamten Verhandlungsablaufs liegt jedoch die Schlussfolgerung nahe, dass sich der chinesische Protest nicht gegen die vorgenommene Grenzziehung zwischen Britisch-Indien und Tibet als solche richtete und dass deren Gültigkeit durch die Initialen des chinesischen Bevollmächtigten quasi bezeugt wurde. Der Protest richtete sich vielmehr gegen den tibetischen Bevollmächtigten, dem die Autorität abgesprochen wurde, einen internationalen Vertrag zu unterzeichnen und damit als Vertreter eines souveränen Tibets anerkannt zu werden. Nicht zuletzt wegen dieser entscheidenden Frage über den Status der tibetischen Verhandlungsdelegation gelang es denn auch nicht, eine Einigung auf den Grenzverlauf zwischen Tibet und China (also zwischen Inner und Outer Tibet) zu erzielen. Die Konferenz von Shimla blieb also in einem entscheidenden Punkt erfolglos.

Die republikanische Regierung Chinas ratifizierte das Abkommen nicht. Für sie und für alle nachfolgenden Regierungen in Beijing bis heute ist daher die Grenzfrage zwischen Britisch-Indien und Tibet, bzw. zwischen Indien und China, offen. Dies bildet die Grundlage für den weiterhin vorgebrachten Anspruch auf "Südtibet".<sup>11</sup> Der Vertrag von Shimla blieb ein britisch-tibetisches Abkommen. Dessen ungeachtet sahen die Briten die Grenze zwischen ihrem Kolonialreich zu Tibet/China in diesem Sektor als nunmehr vereinbart an. Die nachfolgende indische Position zur Grenzfrage entspricht dieser Sichtweise.

---

<sup>10</sup> Die auf der entsprechenden Karte eingezeichnete Linie war allerdings so dick, dass sie im Terrain vor Ort einen Streifen von 30-50 Km Breite kennzeichnete. Sie eignete sich also unter keinen Umständen als Demarkationslinie, sondern hatte vielmehr den Charakter eines grundsätzlichen Annäherungswerts. Ihr genauer Verlauf ist einer der gegenwärtigen Konfliktpunkte zwischen Indien und China.

<sup>11</sup> Bemerkenswert ist allerdings, dass die spätere Volksrepublik ihre Grenzen zu Birma auf der Grundlage des durch historische, koloniale Entwicklungen zustande gekommenen Status quo bestätigte. Birmas Nordwestgrenze im Dreiländereck basiert auf nichts anderem als auf Abschnitten der McMahon-Linie. Zumindest mit Blick auf Birma erkennt China also faktisch die McMahon-Linie doch an.

In der Folgezeit geriet die Situation um die McMahon-Linie rasch aus dem Blickfeld von Briten und Chinesen. Der Erste Weltkrieg brach noch 1914 aus, und bis zum Ende der britischen Kolonialzeit auf dem Subkontinent waren Grenz-, Territorial- und Machtkonflikte an anderen Orten, vor allem im unruhigen Nordwesten, weitaus bedeutsamer. Die internen chinesischen Wirren wiederum dauerten praktisch bis zur Etablierung der Volksrepublik 1949 an; Grenzfragen am Rande Tibets hatten in dieser Phase keine Priorität. Die McMahon-Linie wurde zur "vergessenen Grenze".<sup>12</sup>

Erst mit der Erlangung der indischen Unabhängigkeit 1947 und der Eroberung Tibets durch die Volksbefreiungsarmee 1950/51 kehrte sie wieder ins politische Bewusstsein zurück. Noch im Jahre 1947 forderte die tibetische Administration in Lhasa im Namen des jungen (gegenwärtigen) 14. Dalai Lama die neue indische Regierung auf, tibetische Souveränität über Tawang anzuerkennen. Der Abt des dortigen Klosters hatte in den Jahren nach der Konferenz von Shimla begonnen, nicht nur eine religiöse, sondern auch eine nominell politische Autorität im Namen der Regierung von Lhasa auszuüben (mit wenig faktischer Wirkung und äußerst begrenzter Reichweite) – obwohl Tawang eindeutig dem britischen Territorium südlich der McMahon-Linie zugeschlagen worden war. Die indische Regierung kam der Forderung nicht nach; allerdings beließ sie die gesamte NEFA zunächst in einem Machtvakuum. Erst im Zuge des Vorrückens der Volksbefreiungsarmee in Tibet erkannte Delhi das Szenario eines möglichen strategischen Konflikts mit China. Im Februar 1951 nahm die indische Verwaltung Tawang erstmals unter ihre Kontrolle (und beendete das "Regime" des Abts mit einem Federstrich). Bis zur einigermaßen effektiven Inkorporation der NEFA, dem späteren Arunachal Pradesh, vergingen allerdings noch Jahre. Die Tatsache, dass das unabhängige Indien diese Region erst sehr spät unter die eigene Autorität stellte, ist für China ein wichtiges Argument zur Untermauerung seiner "historischen Rechte", insbesondere auf Tawang.

Die weiteren Entwicklungen über die Grenzprobleme um die McMahon-Linie in den rund 60 Jahren, die seither vergangen sind, können hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden. Arunachal Pradesh war, wie angemerkt, Schlachtfeld im Krieg von 1962, doch die Volksbefreiungsarmee zog sich nach Beendigung der Kampfhandlungen wieder hinter die McMahon-Linie (wie sie ihren Verlauf interpretierte) zurück. Nach der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen 1976 (erfolgt erst nach dem Tode Mao Zedongs) wurde die gesamte Grenzproblematik von den verschiedenen Regierungen in Delhi und Beijing im Rahmen von Staatsbesuchen etc. immer wieder thematisiert. Auch spezielle Grenzverhandlungskommissionen wurden eingesetzt. Ein politischer Durchbruch wurde bis heute nicht erzielt. Die Grenze zwischen Indien und China bleibt in allen Sektoren umstritten.

## 2.2) Nepal und Bhutan

Der westliche und der östliche Abschnitt des Mittelsektors der indisch-chinesischen Grenze werden durch **Nepal** unterbrochen. Die Grenzen dieses Himalajastaates gegenüber Indien wurden bereits von der britischen Kolonialmacht durchgesetzt. In verschiedenen Kriegen des 19. Jahrhunderts verlor Nepal zwar Territorien, fiel aber nicht als Ganzes an die Briten. Dort, wo die heutige indisch-nepalische Grenze passierbar ist – in der Ebene entlang der Südgrenze Nepals –, ist sie weitgehend offen, also quasi jederzeit überschreitbar. Unabhängig davon existieren ca. zwei Dutzend offizielle Grenzübergänge für die Ein- und Ausreise sowie ungefähr ein weiteres Dutzend Handelsübergänge, vornehmlich zum indischen Hafen von Kalkutta. Demgegenüber gibt es

---

<sup>12</sup> Selbst die Briten brauchten bis 1937, um die McMahon-Linie erstmals als Grenze in offiziellen Karten anzuzeigen.

an der ca. 1.400 Kilometer langen nepalisch-chinesischen Grenze nur zwei offizielle Grenzübergänge. Die Grenzlinie liegt zu ca. 90 Prozent in einer bis zu 8.000 Meter hoch gelegenen Hochgebirgs- und Gletscherwelt, ist also extrem unwirtlich. Beiderseits der unmittelbaren Grenzlinie gibt es nur sehr wenige menschliche Ansiedlungen. Konflikte um die Grenze oder um Territorien gibt es zwischen beiden Staaten nicht. Nepal und China unterzeichneten 1960 einen Freundschafts- und 1961 einen Grenzvertrag.

Schon aus topographischen und kulturellen Gründen (gemeinsame Verwurzelung im Hinduismus) sind die allgemeinen Beziehungen Nepals zu Indien enger als zu China. In politischer Hinsicht versuchte Nepal jedoch in allen Phasen seiner jüngeren Geschichte, gegenüber den beiden übermächtigen Nachbarn eine Art Neutralität zu bewahren. Seit der Integration der Maoisten in das politische System Nepals ab Ende 2006 wird diese Balance allerdings neu austariert. China hat durch die Umwälzungen deutlich mehr diplomatischen und politischen Einfluss in Nepal gewonnen. Dies zeigt sich auch in einer restriktiveren Politik Nepals gegenüber tibetischen Flüchtlingen.

Anders als in Himachal Pradesh und Uttarakhand gibt es entlang der nepalisch-chinesischen Grenze Pässe und Zugänge, die, je nach Lage, kontrollierten oder unkontrollierten Grenzübertritt ermöglichen. Dabei ist bedeutsam, dass einige Distrikte im Norden Nepals nicht nur historisch und kulturell eng mit Tibet verknüpft sind, sondern auch verkehrstechnisch leichter von Tibet als vom nepalesischen Kernland zu erreichen sind (etwa das Gebiet von Mustang). Daher verlaufen die Fluchtrouten von Tibetern nach Süden nahezu ausschließlich nach Nepal, insbesondere entlang des Massivs des Mt. Everest. Seit 2007 versucht Nepal nunmehr, seine Grenze "sicher und frei von krimineller Infiltration zu machen" (so seither der offizielle Sprachgebrauch). Im Oktober 2009 richtete Nepal, offenbar auf chinesischen Druck hin, erstmals eine bewaffnete Grenzschutzereinheit ein, um diese Politik durchzusetzen. Wegen der schwierigen Informationslage sind die Folgewirkungen nur schwer einzuschätzen; dies gilt beispielsweise für die Frage, ob an der Grenze aufgegriffene tibetische Flüchtlinge umgehend wieder nach China abgeschoben werden. Tatsache aber ist, dass die Zahl der vom UNHCR registrierten tibetischen Flüchtlinge von jährlich 2.500 bis 3.500 im Jahr 2008 auf 652 und 2009 auf 850 zurückgegangen ist; hierfür ist in erster Linie die strengere Überwachung der Grenze durch chinesisches Militär verantwortlich, aber die Aktivitäten des nepalischen Grenzschutzes mögen dabei auch eine Rolle spielen.

Die in Nepal eingesessene tibetische Flüchtlingsgemeinschaft (ca. 20.000 Menschen) ist seit 2007 erhöhten Repressalien ausgesetzt. Insbesondere ist ihr jegliche Form von Demonstrationen gegen China verboten ("Zero Tolerance Policy").<sup>13</sup> Die harte nepalesische Politik gegenüber den Tibetern wird auch nach dem Austritt der Maoisten aus der Regierung im Mai 2009 beibehalten. So versicherte der nepalesische Premierminister Madhav Kumar am 31.12.2009 anlässlich eines Besuchs in Beijing, dass Nepal alles tun werde, um anti-chinesische Aktivitäten auf seinem Territorium zu unterbinden, dass die nepalesische Regierung Tibet und Taiwan als genuine Teile der Volksrepublik anerkenne und dass niemandem erlaubt werde, von nepalesischem Territorium aus chinesische Interessen zu verletzen. Angemerkt sei, dass China zugestimmt hat, sich verstärkt dem Import nepalesischer Waren zu öffnen, und seine Entwicklungshilfe nach Nepal innerhalb eines halben Jahres verdoppelt hat. Zudem sind Vereinbarungen für massive Investitionen Chinas in Nepal, vor allem im Infrastrukturbereich, getroffen.

---

<sup>13</sup> Vgl. zur Situation tibetischer Flüchtlinge in Nepal: International Campaign for Tibet (ed.): Dangerous Crossing: Conditions impacting the flight of Tibetan refugees, 2007-08 Report, Washington, D.C., et al., o.J.

Der Mittelsektor der indisch-chinesischen Grenze wird durch das Königreich **Bhutan** auf einer Strecke von ca. 430 Km vom Ostsektor getrennt. Neben Indien ist Bhutan der zweite der 14 Nachbarstaaten Chinas, mit dem Beijing seine Grenzen nicht formal geregelt hat. Die Grenzproblematik zwischen Indien und China mit ihren zugrunde liegenden strategischen Aspekten schließt also im Prinzip auch das kleine Königreich ein. Bhutan nimmt in den chinesisch-indischen Konflikten ebenfalls formal eine Position der Neutralität ein. Faktisch ist der Staat jedoch wirtschaftlich und auch militärisch eng an Indien gebunden. Bhutan unterhält keine vollen diplomatischen Beziehungen zu China, wohl aber zu Indien.

Auch das buddhistische Königreich gehört in den kulturellen Einzugsbereich Tibets, es war allerdings politisch immer unabhängig von Lhasa und stand auch anders als das tibetische Kernland nie unter direktem chinesischem Einfluss. Abgesehen von einer kurzen Phase nach Etablierung der Volksrepublik 1949 erhob China denn auch nie Ansprüche auf Bhutan als Ganzes, wohl aber auf vier Bezirke südlich der gemeinsamen Grenze von einigen hundert Quadratkilometern. Eine wesentliche Folgewirkung der formalen Neutralität Bhutans ist, so widersprüchlich es zunächst auch klingt, die hermetisch abgeschlossene Grenze zu China. Dieser Zustand richtet sich wiederum in erster Linie gegen die Tibeter. Ihnen bleibt Bhutan als Fluchtpunkt verschlossen – die wesentliche Voraussetzung für ein gedeihliches Verhältnis zwischen den ungleichen Nachbarn Bhutan und China. Denn aus der Sicht Beijings ist Bhutan vor allem unter einem Aspekt keine zu vernachlässigende Größe: Es stellt das gelungene Beispiel für einen unabhängigen, wirtschaftlich und sozial im Kern erfolgreichen, sowie intern weitgehend befriedeten Staat dar, der auf den Grundlagen und nach den sozialen Normen des (*grosso modo*) *tibetischen Buddhismus* organisiert ist und *trotzdem* dabei ist, seinen Weg in die Moderne zu finden. Bhutan ist damit ein latenter Gegenbeweis für alle (nicht-strategischen) Argumentationen, die China zur Legitimation seiner Einverleibung Tibets angeführt hat und weiter anführt.

### 3.) Die Rolle Tibets im indisch-chinesischen Grenzkonflikt

Die indisch-chinesischen Grenzkonflikte sind unauflöslich mit dem Tibetproblem verknüpft. Zu Zeiten des klassischen Great Game zwischen Britisch-Indien, Russland und China war die Frage nach Macht und Einfluss über Tibet von zentraler Bedeutung. Mit der Eroberung Tibets durch die chinesische Volksbefreiungsarmee 1950/51 scheint dieses "Spiel" bis auf weiteres grundsätzlich entschieden: Tibet gehört zum chinesischen Staatsverband, alle relevanten Staaten des internationalen Systems erkennen diesen Status quo an.<sup>14</sup> Die Frage, ob Tibet von 1913 bis 1951 unabhängig war, also ob China sich einen souveränen Staat unter Missachtung völkerrechtlicher Regeln einverleibt hat, ist umstritten und soll hier nicht näher betrachtet werden. Das gilt auch für alle damit zusammenhängenden Fragen, etwa diejenigen nach der Bewertung der historischen Einflussbeziehungen zwischen China und Tibet über die Jahrhunderte hinweg oder danach, ob Tibet in kultureller Hinsicht über engere Bindungen mit Indien als mit China verfügt, wie im indischen Schrifttum nahezu durchgängig behauptet wird.

Wichtig aber ist zu betonen, dass der Status quo für die drei Hauptakteure Tibet, China und Indien keinen akzeptablen "Endstatus" darstellt. **Die Tibeter** erkennen in ihrer offensichtlich überwältigenden Mehrheit den politischen Stellenwert innerhalb der Volksrepublik, den Beijing ihnen

---

<sup>14</sup> Die Anerkennung chinesischer Suzeränität, nicht Souveränität, über Tibet (TAR) auf der Grundlage der Konferenz von Shimla war bis zum 29. Oktober 2008 die offizielle Position aller britischen Regierungen. Erst an diesem Tag veröffentlichte die britische Regierung ein Statement, wonach London Tibet als Teil der Volksrepublik China anerkennt und das Konzept der Suzeränität "outdated" nennt.

zumisst, nicht an. Ihre religiöse und politische Führungspersönlichkeit, der Dalai Lama, hat für Jahrzehnte die Unabhängigkeit Tibets und damit die Loslösung von China gefordert. Im Jahre 1988 änderte er diese Zielsetzung, wie in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg und in seinem politischen Manifest, dem so genannten "Middle Way Approach", formuliert. Seither fordert er, und mit ihm die tibetischen Exilinstitutionen im indischen Dharamsala, die "genuine Autonomie" für den gesamten tibetischen Kulturraum (also im Sinne der Konferenz von Shimla: für Inner *und* Outer Tibet). Diese Forderung spiegelt mit einiger Sicherheit die Mehrheitsposition unter den ca. 140.000 Exiltibetern wider; es gibt allerdings eine starke Minderheitsposition, die nach wie vor an der Forderung nach Unabhängigkeit festhält. Wie die Einstellungsmuster der ca. 6 Millionen Tibeter in Tibet selbst zu dieser Frage aussehen, lässt sich ohne empirische Untersuchungen nur vermuten. Aber auch für sie gilt unbestritten die überragende Autorität des Dalai Lama und die Loyalität zu seiner politischen Führung und seinen politischen Konzepten.

Tatsache ist zweierlei: Solange der Dalai Lama lebt, scheint eine politische Alternativkonzeption, die unter den Tibetern mehrheitsfähig wäre (und die die Desavouierung des Dalai Lama als politischer Führer bedeutete), unwahrscheinlich. Welche Konzeption sich nach seinem Ableben durchsetzen wird, ist allerdings fraglich. Und: Der Konflikt um den Status von Tibet ist nicht gelöst. Das tibetische Territorium ist zwar in den chinesischen Staatsverband integriert, die Tibeter allerdings sind es nicht. Alle Versuche der chinesischen Zentrale, die Tibeter als Minderheit zu integrieren – nicht nur mit Verweisen auf historisch-legalistische Legitimationsmuster, sondern auch mit der Durchsetzung "fortschrittlicher" sozioökonomischer Politik- und Gesellschaftsmodelle – und ihnen die Grundlagen für die Forderung nach genuiner Selbstbestimmung zu entziehen, sind bislang im Kern gescheitert. Darauf verweisen die Intervalle von Unruhen, die drakonischen Sicherheitsmaßnahmen sowie die Konflikte zwischen eingesessener tibetischer Bevölkerung und den Migranten der Han-Chinesen.

Auch aus der **chinesischen Perspektive** ist der Statuskonflikt um Tibet nicht gelöst, allen gegenläufigen Versicherungen und Bestrebungen zum Trotz. Dabei tangiert der Statuskonflikt den Nerv des Selbstverständnisses der Volksrepublik. Die politischen Forderungen des Dalai Lama sind für Beijing auch nach der Aufgabe der Forderung nach Unabhängigkeit indiskutabel. Der Neuzuschnitt von Verwaltungseinheiten nach Maßgabe der Interessen einer Minderheit, vor allem aber die Gewährung weitgehender Autonomie, widersprechen den Grundlagen der zentralistischen Einparteiherrschaft, nach denen der Vielvölkerstaat organisiert ist. Die Forderungen des Dalai Lama umzusetzen, hieße nichts weniger, als das eigene Staats- und Gesellschaftsmodell in Frage zu stellen. "The minimum the Dalai Lama was asking was much more than the maximum Beijing could give."<sup>15</sup> Tibet ist weder mit Taiwan noch mit dem Sondergebiet von Hongkong vergleichbar.

Hinzu kommt, dass die Einverleibung Tibets in den chinesischen Staatsverband (noch) nicht abgeschlossen ist. Dabei geht es kaum um die Kaschmir-Fragen und um Grenzlinien im Hochgebirge, sondern vielmehr um "Südtibet" – und hier wiederum in erster Linie um Stadt und Distrikt von Tawang. Es besteht kein Zweifel, dass zumindest dieser Landstrich historisch und kulturell zu Tibet gehört. Da Beijing solchermaßen begründete Ansprüche auf die Zugehörigkeit des gesamten Tibets zu seinem Staatsgebiet erhebt, beziehen sich diese Ansprüche auch auf "Südtibet", wo immer dessen tatsächliche Grenzen auch liegen mögen. Dabei ist die Perspektive auf den tibetischen Charakter dieses Gebiets durchaus keine Chimäre: Selbst der Dalai Lama verzichtete erst im Jahre 2008 öffentlich auf tibetische Ansprüche über Arunachal Pradesh.

---

<sup>15</sup> Editorial "The Dalai Lama – India's Defence against China", in: Force, Vol. 5, No. 9, May 2008, S. 30.

Vor dem Hintergrund der territorialen Größenordnungen mag der chinesische Anspruch auf "Südtibet" überraschen. Doch insbesondere der Tawang Tract ist von einiger strategischer Bedeutung, wie oben dargestellt. Von hier aus lässt sich im Konfliktfall der gesamte indische Nordosten leicht vom indischen Kernland abschneiden. Der indische Nordosten, aber auch Bhutan, gerieten durch die Kontrolle der Volksbefreiungsarmee über Tawang quasi in chinesische Geiselschaft. Darüber hinaus macht das Kloster von Tawang, der Geburtsort des 6. Dalai Lama, den Ort nach Lhasa zu einem der wichtigsten religiösen Zentren der Tibeter. Es ist durchaus unklar, ob nach dem Ableben des Dalai Lama hier nicht ein neuer, auch politisch einflussreicher Kristallisationspunkt des tibetischen Widerstands gegen die chinesische Besatzung Tibets entstehen könnte. Das Potential dafür ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen. Auch vor diesem Hintergrund erklärt sich die Bedeutung "Südtibets" für Beijing.

Aus all dem ergibt sich als logische Konsequenz, dass auch für Indien der gegenwärtige Status quo keinen akzeptablen "Endstatus" bedeuten kann, solange China an Forderungen nach Grenz- und Gebietsrevisionen festhält. Dabei ist für Delhi die Erkenntnis bitter, dass selbst die Anerkennung chinesischer Maximalpositionen (d.h. die zunächst faktische, schließlich die formale Anerkennung der chinesischen Souveränität über Tibet sowie die Gleichsetzung Tibets mit der TAR [Inner Tibet]) Beijing bis heute nicht dazu bewegen konnte, die chinesischen Ansprüche insbesondere auf Arunachal Pradesh aufzugeben.<sup>16</sup> Es erwies sich als strategischer Fehler Delhis, im Gegenzug für die "Preisgabe" Tibets nicht die prinzipielle Anerkennung der LAC als gültige Staatsgrenze und jeden weiteren Verzicht Chinas auf südlich davon gelegene Gebiete gefordert zu haben, obwohl dies in der Vergangenheit mehrfach möglich gewesen zu sein scheint.<sup>17</sup> Allerdings hätte Delhi seine Ansprüche auf Aksai Chin aufgeben müssen, um im Gegenzug eine Vereinbarung über Arunachal Pradesh zu erzielen (die anderen Grenzabschnitte hätten in diese Paketlösung integriert werden können). Diese Paketlösung hätte den strategischen Interessen Indiens entsprochen, zumal die historischen Ansprüche auf Aksai Chin, die Indien geltend macht, mindestens ebenso vage sind wie diejenigen Chinas. Hätte Delhi in der Vergangenheit pragmatische Konsequenzen aus der Konfliktgemengelage gezogen, gäbe es heute mit einiger Sicherheit auch keine Grenzkonflikte über Arunachal Pradesh mit dem nunmehr stärkeren Nachbarn mehr; die indische Ausgangslage für mehr außenpolitischen Freiraum in Asien wäre ungleich besser.

Zu diesem "Austausch" war Delhi jedoch nie bereit, nicht zuletzt um im Gesamtkontext der Kaschmirfrage gegenüber Pakistan keinen Präzedenzfall eines indischen Verzichts auf beanspruchtes Territorium zu schaffen. Delhi beharrte vielmehr immer auf seiner legalistischen Position der Unrechtmäßigkeit der chinesischen Ansprüche an allen Sektoren. Diese Verweigerung, realpolitische (Kräfte-) Verhältnisse zu akzeptieren, trug im Ergebnis erheblich zum Andauern der Grenzkonflikte über die Jahrzehnte hinweg bei. Selbst wenn eine indische Regierung nunmehr doch eine "Austausch-Regelung" anstrebte: Delhi verfügt nicht über die Instrumente, um eine solche Regelung gegen den Willen Beijings zu erzwingen. Wozu ein noch relativ schwaches China bis in die 1980er Jahre wohl bereit gewesen wäre, ist angesichts des seither erfolgten erheblichen Zugewinns an Status und Macht heute nicht mehr durchsetzbar.

---

<sup>16</sup> Nehru hatte bereits 1954 im Rahmen eines Handelsabkommen fünf Prinzipien ("Panch Sheel") in der bilateralen Beziehungsstruktur anerkannt, darunter die Achtung des territorialen Status quo, also auch die Einverleibung Tibets in den chinesischen Staatsverband. In der Abschlusserklärung anlässlich des Staatsbesuchs von Premierminister Vajpayee in Beijing 2003 wird erklärt: "The Indian side recognizes that the Tibet Autonomous Region is part of the territory of the People's Republic of China, and reiterates that it does not allow Tibetans to engage in anti-China political activities in India." Vgl. die entsprechenden Passagen in Guruswamy/Singh, *India China Relations*, und in Brahma Chellany: *Asian Juggernaut. The Rise of China, India and Japan*, New Delhi 2006.

<sup>17</sup> So hatten Zhou Enlai eine "Austauschlösung" bereits 1960 und Deng Xiaoping 1981 in Aussicht gestellt. Vgl. *ibid.*

Die Verhandlungen zwischen Indien und China über die Grenzproblematik werden seit 1981 in unterschiedlichen Formen und in Phasen unterschiedlicher Ernsthaftigkeit geführt. Die indische Position war anfangs, Einigkeit über den tatsächlichen Verlauf der LAC zu erzielen, um auf dieser Grundlage zu politischen Lösungen an den einzelnen Sektoren zu kommen. China verweigert sich dieser Zielsetzung und setzte 2003 durch, zunächst über eine *umfassende Grundsatzregelung* zu verhandeln, also Einigkeit über die wechselseitigen Ansprüche an allen Sektoren zu erzielen, bevor man sich den konkreten Fragen von Grenzverläufen zuwendet. Damit erhält China den Druck auf Indien aufrecht.

#### 4.) Grenzkonflikte und Tibet: Instrumente im Kampf um Macht und Status in Asien und im internationalen System

Indische Fehleinschätzungen werden auch in der Dreierkonstellation der Beziehungen Indien - China - Pakistan deutlich. Noch 1959 versuchte der pakistanische Militärdiktator Ayub Khan (allerdings getrieben von den USA), zusammen mit Indien die chinesische Machtausdehnung einzuhegen; Nehru lehnte dies ab, und in der Folge suchte Ayub engere Bindungen an China, woraus sich schließlich die so genannte "Allwetterfreundschaft" zwischen beiden Staaten entwickelte. Pakistan verdankt nicht nur den USA, sondern auch China seine militärische Potenz, vor allem mit Blick auf seine nuklearen militärischen Fähigkeiten. Ohne chinesische Unterstützung wäre es Pakistan in den vergangenen Jahrzehnten kaum gelungen, sich zu einem veritablen Gegenspieler Indiens zu entwickeln. Der indisch-pakistanische Konflikt um Kaschmir hat dabei für China eine zentrale strategische Funktion: Solange er besteht und einen Ausgleich zwischen den beiden südasiatischen Staaten verhindert, nimmt Pakistan für China die Rolle eines Surrogaten ein, der es Indien bislang sogar verwehrt, als unbestrittene Ordnungsmacht in Südasiens aufzutreten. Indien fehlt damit der "Hinterhof" als Basis für weiteren Macht- und Statusgewinn in Asien. Die unter dem Strich starre, legalistische Haltung Indiens auch zum Kaschmirkonflikt erweist sich also ebenfalls als hinderlich für außenpolitischen Handlungsfreiraum Indiens. Indische Maximalpositionen sind weder gegenüber China noch gegenüber Pakistan durchsetzbar. Für China ist eine Aufgabe Aksai Chins ausgeschlossen, und auch der pakistanisch besetzte Teil des ehemaligen Fürstentums wird sich nicht in die Indische Union integrieren lassen, solange Pakistan als Staat besteht.

Hinzu kommt, dass der Kaschmirkonflikt für Indien nicht nur ein außenpolitisches, sondern auch ein innenpolitisches Problem darstellt. Über die Jahrzehnte hinweg ist es Delhi nicht gelungen, den einzigen Bundesstaat mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung konfliktfrei in die Indische Union zu integrieren. Vor dem Hintergrund enttäuschter politischer Zusagen und wirtschaftlicher Hoffnungen stehen große Teile der kaschmirischen Bevölkerung dem indischen Staat sehr skeptisch gegenüber. Gerade mit Bezug auf Kaschmir zeigen sich die Grenzen der Anziehungskraft des real existierenden indischen Staatsmodells. Demokratie und Säkularismus mögen sich als zwei zentrale Säulen des indischen Staats- und Gesellschaftsmodells positiv von denjenigen Chinas und Pakistans abheben; in der praktischen Ausgestaltung ihrer hehren Prinzipien aber hat die indische Politik in Kaschmir bislang versagt – der indische Staat wird hier mehrheitlich als zentralistische Unterdrückungs- und Zwangsautorität wahrgenommen. Auch in der innerindischen Kaschmirpolitik steht Delhi letztlich vor einem Scherbenhaufen.

Die außenpolitischen Zwangslagen und die relative Schwäche in der Machtbalance gegenüber China hängen also auch mit Indiens eigener Politik zusammen; sie sind nicht allein als Folge des

Verhaltens aggressiver Nachbarstaaten zu bewerten. Die Auswirkungen sind im gesamten regionalen Umfeld erkennbar. Nicht nur Pakistan, auch fast alle anderen Nachbarstaaten Indiens haben oder entwickeln derzeit engere politische Beziehungen zu Beijing als zu Delhi (die Ausnahmen sind Bhutan und – noch – die Malediven); dies gilt besonders für Birma, aber zunehmend auch für Sri Lanka und Nepal. Auch Bangladesch, dessen neue Regierung engeren Anschluss an Indien sucht als ihre Vorgänger, unterhält ein geheimes Militärabkommen mit China. In Birma sind Straßen-, Schienen- und Flussverbindungen verwirklicht (Irrawaddy-Korridor), die China mit den birmanischen Häfen verbinden; die ausgebauten Straßen verlaufen zum Teil in Grenznähe zu Indiens Nordosten und sind potentiell auch für chinesisches Militär nutzbar. In Pakistan bauen chinesische Fachkräfte die Nord-Süd-Verbindungen zwischen der Küste und der chinesischen Grenze aus. Der Karakorum-Highway, der seit knapp drei Jahrzehnten erstmals die Bergregionen der Northern Areas (Teil des von Indien beanspruchten ehemaligen Fürstentums Kaschmir) bis zur chinesischen Grenze mit dem Rest des Landes verbindet, ist das Ergebnis chinesischer Ingenieurskunst und "Entwicklungshilfe". Seit mehreren Jahren arbeitet China zudem am Ausbau des Hafens von Gwadar in Belutschistan zu einem Tiefseehafen; die Volksrepublik wird hier Nutzungsrechte für die eigene Marine erhalten. Zudem zeigt China verstärkt Marinepräsenz im Golf von Bengalen und im Arabischen Meer und unterhält hier verschiedentlich Überwachungseinrichtungen. Auch in Sri Lanka baut China einen Tiefseehafen aus, in Hambantota im Süden der Insel, wo die chinesische Marine aller Wahrscheinlichkeit nach ebenfalls Nutzungsrechte erhalten wird. Die Volksrepublik ist also längst ein Akteur und Machtfaktor in Südasien. Selbst wenn man China unterstellt, nicht primär machtpolitische bzw. militärische Interessen zu verfolgen, sondern – gewissermaßen legitime – wirtschaftliche Interessen, vor allem um das Problem der Energiesicherheit zu lösen: Die indische Perzeption ist die der Einkreisung durch China.

Östlich und westlich von Indien ereignet sich also geradezu eine Revolutionierung kontinentaler Transportwege – von den Provinzen Yunan und Xinjiang ausgehend erschließt sich China Zugänge nach Süden. Von Tibet, der Provinz TAR, geht Druck nach Süden aus, Druck auf Indien. Die Offenhaltung der Grenzfragen bindet indische Kräfte, militärische wie politische – auch innenpolitische, denn sie führt in Delhi immer wieder zu Verwerfungen über die richtige Strategie gegenüber China. Zudem zeichnen sich von Tibet ausgehende schwerwiegende Konflikte über Wasserressourcen ab, denn China nutzt die hier entspringenden großen Ströme Südasiens (Indus, Ganges, Brahmaputra) zunehmend für die eigene Energieerzeugung und verfolgt offensichtlich Pläne zur Umleitung bzw. Abzweigung von Fließmengen dieser nordindischen Lebensadern.<sup>18</sup> Für die indische Landwirtschaft und damit für die Lebensbedingungen von Hunderten von Millionen Indern können diese Entwicklungen gravierende Folgen haben. Als Staat am Unterlauf der großen Ströme ist Indien auch in dieser Hinsicht in der schwächeren Position.

Der chinesische Druck dient zwei politischen Zielsetzungen: Er ist zum einen ein Instrument, um Indien den Status einer asiatischen und internationalen Großmacht zu verwehren, also einen machtpolitischen Konkurrenten wenn nicht auszuschalten, so doch in seinen Handlungsfreiräumen zu beschneiden, und zum anderen dient er als Signal an Delhi, sich aus den Entwicklungen um Tibet und die Tibeter herauszuhalten.

Die gesamte Konstellation der Machtbalance in Südasien sendet im weiteren asiatischen Umfeld ein Kernsignal aus: Die asiatische Großmacht, auf die es ankommt, ist China, nicht Indien. Dieses Signal ist nicht zuletzt im Kontext der indischen "Look-East-Policy" bedeutsam. Indien versucht

---

<sup>18</sup> Der Indus ist offensichtlich durch Kraftwerke und andere Einrichtungen bereits von seinen Quellen abgeschnitten und in seiner Ursprungsregion kein durchgängiger Fluss mehr. Vgl. Alice Albinia: *Empires of the Indus. The Story of a River*, London 2008, Kapitel 12.

unter diesem Motto seit einigen Jahren, seine wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Südost- und Ostasien auszubauen, insbesondere in den Raum der ASEAN-Staaten. Es liegt in Chinas Interesse, diesen Staaten die Schwächen Indiens deutlich zu machen und sich selbst als den stärkeren Partner zu profilieren. Für die Entwicklung der Machtbalance in Asien ist zudem die engere Verbindung Indiens zu den USA wichtig, die spätestens seit der Vereinbarung über die zivile Nutzung der Atomkraft (so genannter Nukleardeal) zwischen beiden Ländern 2005 zu verzeichnen ist. Beijing interpretiert diese Verbindung nicht zu Unrecht als politisch potentiell gegen China gerichtet, mit negativen Konsequenzen für den eigenen Handlungsspielraum in Asien. Die chinesisch-pakistanische "Allwetterfreundschaft" wie auch die Offenhaltung der Grenzproblematik eignen sich daher ebenfalls als Signale an Delhi, dass eine zu enge Verbindung mit den USA durchaus mit Kosten verbunden sein kann.

In diesen strategischen Zusammenhängen spielt Tibet (zusammen mit Xinjiang) als Brücke nach Süd- und Zentralasien für China eine zentrale Rolle. Die unumschränkte Kontrolle über Tibet und die Tibeter ist daher eine unbestrittene Notwendigkeit im Kalkül Beijings. Diese Kontrolle ist aber auch rund 60 Jahre nach der Einverleibung Tibets noch brüchig, wie die Ereignisse im Vorfeld der Olympischen Spiele in Beijing 2008 aller Welt vor Augen führten. Die Unruhen in Tibet, die trotz aller drakonischen Sicherheitsvorkehrungen nicht verhindert werden konnten und u.a. den olympischen Fackellauf in der TAR zu einer Farce werden ließen, haben für die Machthaber in Beijing einen inakzeptablen Gesichtsverlust bedeutet, der in Zukunft um jeden Preis verhindert werden soll. Dabei werden die Unruhen von 2008 weniger als autochthone Bewegung der tibetischen Bevölkerung betrachtet, sondern vielmehr als Ergebnis der Steuerung von außen. Das Misstrauen Beijings gegen den Dalai Lama, gegen die tibetischen Exilinstitutionen sowie gegen Regierungen (allen voran die indische) und Institutionen, die auch nur im Verdacht der Unterstützung der tibetischen Sache stehen, scheint seither neue Dimensionen erreicht zu haben. Darauf verweisen die ungewöhnlichen persönlichen Herabsetzungen des Dalai Lama, die Kompromisslosigkeit im Umgang mit der tibetischen Delegation im bilateralen Dialogprozess und die scharfen Proteste bis hin zur Androhung von Sanktionen gegen jede Regierung, die zu offiziellen Kontakten mit dem Dalai Lama bereit ist.

Solange der Dalai Lama lebt und politisch wirksam sein kann, bleibt die unumschränkte Kontrolle über die tibetische Bevölkerung nicht vollständig erreichbar. Daher reagiert Beijing so gereizt auf die Freiräume, die Delhi dem Oberhaupt der Tibeter, aber auch den Exilinstitutionen in Dharamsala gewährt – und auf jede politisch signifikante Unterstützung des Dalai Lama oder der Exilinstitutionen auf der internationalen politischen Bühne. Zwar hat sich der Dalai Lama auf indischem Boden jeglicher politischer Aktivitäten, die gegen China gerichtet sein könnten, zu enthalten; aber allein seine Rollen als geistliches Oberhaupt *aller* Tibeter und als oberste Instanz der Exilinstitutionen stellen bereits per se ein Politikum dar – von seinen internationalen Aktivitäten ganz zu schweigen.

Die Offenhaltung der indisch-chinesischen Grenzfragen markiert das wichtigste Druckpotential, das China gegenüber Indien einsetzen kann. Das Signal ist eindeutig: Sollte Delhi dem Dalai Lama oder den Exilinstitutionen *noch mehr* Freiraum gewähren, wird sich der Druck an der Grenze erhöhen, bis hin zu potentiellen militärischen Auseinandersetzungen. Die aus Sicht Beijings ambivalente Haltung Delhis gegenüber tibetischen Protesten auf indischem Boden im Vorfeld der Olympischen Spiele 2008 ist daher durchaus als ein Auslöser für die eingangs beschriebenen Spannungen des Jahres 2009 zu betrachten. Sollten die in diesem Zusammenhang erlassenen spezifischen Visumsbestimmungen für indische Staatsbürger aus Kaschmir, nicht nur für diejenigen aus Arunachal Pradesh, auch in Zukunft angewandt werden, hätte China dabei tatsächlich

eine neue Eskalationsstufe beschritten. Bürger aus Jammu & Kashmir nicht mehr als vollwertige indische Staatsbürger anzuerkennen, bedeutete eine Hinwendung an die pakistanische Grundsatzposition, dass auch dieser Bundesstaat in seiner Gesamtheit zu den "umstrittenen Gebieten" gehöre. In 2009 wurden sogar chinesische Karten veröffentlicht, in denen ganz Kaschmir (mit Ausnahme Aksai Chins) als pakistanisches Territorium ausgewiesen wurde! Sollte China diese Politik beibehalten, gäbe es seine bisher verfolgte Position der Neutralität in dieser Frage auf. Dadurch wäre die Statusfrage des gesamten Bundesstaates Jammu & Kashmir dem Druckpotential gegen Indien hinzugefügt. China würde damit die Teilbereiche für eine politische Gesamregelung vermehren – und damit seinen Spielraum für "Kompromisslösungen" vergrößern. Die chinesischen Chancen, bei einer politischen "Kompromisslösung" im Gegenzug für Vereinbarungen über Grenzverläufe *und* den Status von Kaschmir zumindest den Tawang Tract zu erhalten, würden steigen. Die chinesische Außenpolitik verfolgt langfristig angelegte Ziele. In Zukunft mögen durchaus Umstände eintreten, in denen Indien sich einer solchermaßen gestalteten politischen "Kompromisslösung" nicht widersetzen könnte.

Zugleich soll der indischen Regierung vermittelt werden, dass sich Delhi aus allen Entwicklungen um die Institution des Dalai Lama nach dem Tode des jetzigen Amtsinhabers herauszuhalten habe. Im Oktober 2007 hatte der Dalai Lama anklingen lassen, dass sein Nachfolger möglicherweise noch vor seinem Ableben und unter Umständen gar unter den Exiltibetern bestimmt werden könnte. Eine solche Entwicklung gilt es aus Sicht Beijings um jeden Preis zu verhindern; sollte sie dennoch eintreten, soll ihr jegliche Legitimität versagt bleiben. Dabei käme Indien als primäre Heimstätte der Exiltibeter eine Schlüsselrolle zu. Die Nachfolgeregelung wird in Beijing als rein chinesische Angelegenheit, jede Einmischung von außen als inakzeptabel interpretiert. Welche Mittel dabei angewandt werden können, zeigt die Situation um den Panchen Lama, den zweitwichtigsten Würdenträger im tibetischen Buddhismus. Der auf traditionelle Weise 1995 bestimmte Amtsinhaber wurde entführt, an einem unbekanntem Ort festgesetzt und durch einen Beijing genehmen eigenen Kandidaten ersetzt.

In Indien wird die näher rückende Zeit nach dem Ableben des 14. Dalai Lama mit Besorgnis erwartet. So wird in Sicherheitskreisen durchaus befürchtet, dass China sich dann den Tawang Tract auch gewaltsam einverleiben könnte. Dafür wäre zu Lebzeiten des Dalai Lama keinerlei Legitimität zu erreichen, weder auf der internationalen Ebene noch unter den Tibetern. Ohne den Einfluss der charismatischen Persönlichkeit des Dalai Lama, so indische Befürchtungen, sähe diese Gleichung aber wegen der dann nicht nur im tibetischen, sondern auch im internationalen Kontext führungslosen tibetischen Gemeinschaft anders aus. Daher mehrten sich in Indien die Stimmen, die den Einsatz der "Dalai Lama - Karte" im "Spiel" gegen China fordern:<sup>19</sup> Indien solle dem Dalai Lama nicht nur mehr politische Freiräume gewähren, sondern sich auch dessen Ziele zu eigen machen, also auf internationaler Ebene unmissverständlich "genuine Autonomie", wenn nicht gar die Unabhängigkeit Tibets fordern. Eine solche Politik entspräche nicht nur den demokratischen und freiheitlichen Werten, denen Indien verpflichtet sei, sondern sei auch das wirkungsvollste politische Mittel, um – endlich – (Gegen-) Druck auf China auszuüben. Dies müsse die aktive Unterstützung tibetischen Widerstands gegen die chinesische Besatzung einschließen. In ihrer Erwartung einer unausweichlichen Zuspitzung im Verhältnis zu China fordern diese Kreise parallel dazu den Aufbau einer wirkungsvollen militärischen Gegenmacht zu China.

Die gegenwärtige Regierung in Delhi verfolgt in den komplexen Beziehungen gegenüber China derzeit eine zweigeteilte Politik. Zum einen reagierte sie auf die gespannte Situation von 2009

---

<sup>19</sup> Vgl. z.B. Chellaney, a.a.O., oder die entsprechenden Beiträge in Force, Vol. 5, No. 9, Mai 2008 und Vol. 7, No. 3, November 2009.

mit einer erhöhten Militärpräsenz in Ladakh und in Arunachal Pradesh. Sie scheint dabei auch auf eine Verbesserung der Zugänge in die Grenzregionen zu setzen, um schneller und effektiver Truppenbewegungen zu ermöglichen – eine deutliche Abkehr von der Jahrzehnte langen Vernachlässigung der Infrastruktur dieser entlegenen Gebiete. Zum anderen betont Delhi die beiden Ländern gemeinsamen Interessengrundlagen, ob im Ausbau des bilateralen Handels, in der Klimapolitik oder beim Kampf gegen den Terrorismus. China ist immerhin größter bilateraler Handelspartner Indiens; das Handelsvolumen stieg von ca. \$ 3 Milliarden in 2001 auf ca. \$ 42 Milliarden in 2008 an. Allerdings werden auch mit Blick auf die Wirtschaftsbeziehungen die ungleichen Stärkeverhältnisse deutlich, denn Indien hat gegenüber China ein Handelsbilanzdefizit von mehr als \$ 20 Milliarden zu verzeichnen. Dennoch: Offiziell werden die Beziehungen zu China geflissentlich als gut und von gegenseitigem Respekt geprägt, bezeichnet.

Gleiches betont die chinesische Regierung, die ebenfalls von einer einseitigen Konfrontationspolitik absieht. Ihr genügen ganz offensichtlich die Druckmittel gegenüber Indien, die sich nach Bedarf aktivieren lassen. China sitzt am längeren Hebel, nicht nur in der bilateralen Beziehungsstruktur, sondern auch im internationalen Maßstab, als Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat oder als weitaus bedeutendere Wirtschafts- und Finanzmacht. Dabei greift Beijing durchaus auch auf Kooperationsformen bzw. Zweckallianzen mit Indien zurück, wenn diese eigenen Interessen nutzen, wie etwa in der globalen Klimapolitik oder in einzelnen Foren des internationalen Systems. So hat China beispielsweise der Assoziierung Indiens als Beobachter in der Shanghai Cooperation Organization (SCO) zugestimmt (und dafür im Gegenzug Beobachterstatus in der südasiatischen Regionalorganisation SAARC erhalten). Sowohl in der Klimapolitik als auch mit Blick auf die SCO sind die Konfliktlinien ganz anderer, nämlich globaler Natur. Hier geht es China vornehmlich um Positions- und Machtfragen gegenüber dem Westen, insbesondere den USA. Indien soll zwar auf dem Status einer asiatischen Mittel- oder Regionalmacht begrenzt bleiben; dies schließt aber nicht aus, sich seines vorhandenen politischen Gewichts in den Konfliktstrukturen auf globaler Ebene zu bedienen.

Im Ergebnis lässt sich die Schlussfolgerung ziehen: China positioniert sich als Weltmacht, Indien verharrt als Regionalmacht. Das ist bis auf weiteres der Stand in der Konfrontation beider Staaten um Status und Macht in Asien und im internationalen System. Die Konflikte um Grenzen und um Tibet sind in diesen größeren Zusammenhang eingebunden. Sie sind Instrumente, um Indiens Bestrebungen zu durchkreuzen, den Stellenwert einer asiatischen – und damit internationalen – Großmacht einzunehmen, und sie dienen als jederzeit aktivierbare Warnsignale, chinesische Interessen zu respektieren. Bei allen Szenarien über die weiteren Entwicklungen ist zu berücksichtigen, dass der in den Zeiten der Globalisierung charakteristische Blick auf Märkte, Wirtschaftsinteressen und Handelsbeziehungen zu eng ist, um komplexe politische Beziehungsstrukturen umfassend zu bewerten. Auch in Asien gilt die grundlegende europäische Erfahrung: Politische Stabilität impliziert Grenzstabilität. Solange letztere nicht gegeben ist, bleiben die internationalen Beziehungen in Asien im Kern instabil.

#### Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Bereich Internationale Politik

Referat Politikberatung und

Internationale Politikanalyse

Karl-Marx-Straße 2

D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter [www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)